

# Beratung zum Steinburger Haushalt entzündet Debatte über Klimaschutz

Von [Sönke Rother](#) | 14.12.2024, 11:45 Uhr



Am Ende hielten alle 51 Kreistagsabgeordneten den Finger hoch, als es um die Verabschiedung des Kreistags 2025 ging. Foto: Sönke Rother

Wer davon spricht, dass die Haushaltslage des Kreises Steinburg angespannt ist, der untertreibt. Das aktuelle Zahlenwerk weist ein Minus von 30,2 Millionen Euro aus – und das trotz schmerzhafter Sparbemühungen der Kreistagspolitiker.

Schon bei der Bürgerfragestunde wurde der Finger in den wunden Punkt des Kreishaushaltes gelegt. Die Frage nach den Kosten für den geplanten Ausbau des Grenzwegs in Horst sorgte für Diskussionen. Eine Bürgerin aus der Gemeinde fragte nach der Notwendigkeit dieser Ausgabe. Und Landrat Claudius Teske nahm Stellung. Alles, aber auch wirklich alles müsse angesichts der knappen Kassen auf den Prüfstand, unterstrich er.

Das liege vor allem an vier Säulen, die die Rahmendaten drastisch ins Defizit verschoben hätten. Für jeweils rund 10 Millionen Euro Minus sorgten die Transferaufwendungen im Bereich Soziales und Jugend inklusive des neuen Kita-Gesetzes, das ausgleichende Minus des Klinikums Itzehoe, die allgemeinen Preissteigerungen inklusive Tarifsteigerungen im Personalwesen und daraus resultierende Finanzierungslasten und nicht zuletzt die ausbleibende Steigerung der Schlüsselmasse im kommunalen Finanzausgleich. Was Teske damit meinte, machte er sehr deutlich: „Das Land Schleswig-Holstein verstößt gegen geltende Abmachungen mit dem Landkreistag.“ Sprich: Es würden Forderungen gestellt, deren Gegenfinanzierung auf sich warten lässt. Keine guten Voraussetzungen, wie der Landrat bekräftigte

*„Das sind Haushaltsplanungen, die wirklich niemandem mehr Spaß machen.“*

*Claudius Teske*

*Landrat Kreis Steinburg*

Und es zeichne sich auch nicht ab, dass es auf absehbare Zeit besser werde.

Die prekäre Situation zeigte sich in verschiedener Gestalt, beispielsweise in den Sorgen von Jens Bornhöft. Der Schulleiter der Steinburgschule blickt in Bezug auf die Raumnot am Förderzentrum mit schlimmen Erwartungen in die Zukunft. Er bat den Kreistag um einen Ausblick. Konkret wollte Landrat Teske nicht werden. Aber er versprach, dass Verwaltung

und Politik bewusst sei, wie groß die Not sei. „Seien Sie sicher, dass die Planung nicht gestoppt wurde, die geht weiter. Und wir haben auf dem Schirm, was sie benötigen.“

Bei dem, was benötigt wird, gingen die Meinungen massiv auseinander, als es um den Klimaschutz ging. So erteilte die CDU-Fraktion der Einrichtung eines Klimaschutznetzwerks eine klare Absage. Sie stellte einen Antrag, den Kreistagsbeschluss von 2022 zur Einrichtung eines Netzwerks, aufzuheben. Unter anderem machte CDU-Fraktionschef Marko Förster dafür auch die „ausbleibende Bewilligung von Fördermitteln des Bundes“ verantwortlich. Förster betonte, dass seine Partei für eine solide Finanzpolitik stehe, aber auch dort gespart werden müsse, wo es wehtue.

Für Bündnis 90/Die Grünen war der CDU-Antrag ein Unding. Seit 2022 stünden die 250.000 Euro im Haushalt bereit, die operative Vergabe sei erfolgt und es sei Fachpersonal gewonnen worden. Wenn an dieser Stelle gespart werde, würde es letztlich auch zu einem Nachteil für den Wirtschaftsstandort führen, erklärte Heinrich Voß. Auch Hans-Dieter Helms (SPD) appellierte an die CDU, den Beschluss nicht aufzuheben. „Möglicherweise wird die Arbeit in den Kommunen trotzdem gemacht, aber wir streichen dadurch die Unterstützung. Und es ist gut möglich, dass dadurch an verschiedenen Stellen doppelte Arbeit gemacht wird.“

Gegen die Stimmen von SPD und Grünen wurde der Kreistagsbeschluss von 2022 aufgehoben und das Geld für ein Klimaschutznetzwerk aus dem Haushalt gestrichen.

## **CDU akzeptiert keine Stellenmehrung für Haushalt 2026**

Für den finanzpolitischen Sprecher der CDU, Ralf Dudde, eine logische Konsequenz, wie er in seiner Rede zum Haushalt ausführte: „Ein ewiger Stellen- und Aufgebau ist angesichts der angespannten Haushaltslage nicht tragbar. Unser Ziel ist es, mit den vorhandenen Ressourcen effektiv zu arbeiten, anstatt neue Stellen zu schaffen.“ Marko Förster versprach: „Die Kreisumlage bleibt 2025 stabil. Aber im nächsten Jahr werden wir darüber reden müssen.“ 2025 werde man mit Nachdruck alles auf den Prüfstand stellen und „für den Haushalt 2026, den wir in einem Jahr beraten werden, soll es nach unseren Vorstellungen gar keine Stellenmehrungen mehr geben“, stellte Förster klar.

Nach mehreren Diskussions- und Streichrunden, denen beispielsweise eine Terrassenüberdachung und ein Mehrzweckfahrzeug für die Feuerwehr zum Opfer fielen, wurde über den Haushalt 2025 mit einem Minus von rund 30 Millionen Euro abgestimmt. Der Beschluss fiel einstimmig. So stand die Debatte um den Klimaschutz am Ende stellvertretend dafür, dass sich beim Haushalt alle einig sind: Es muss gespart werden – aber das Wo sehen die Fraktionen an unterschiedlichen Stellen.